
Die »Kirche Johannes Pauls« und ihre Achillesferse

Gerhard Gnauck

Ist die heftigste Erschütterung der polnischen Kirche seit 1989, begleitet von einer beispiellosen Polarisierung unter den katholischen Laien, eine späte Frucht des Wirkens ausgerechnet der Staatssicherheit? Wird das heikle Zusammenspiel mancher Geistlicher mit den Organen der kommunistischen Machthaber Jahrzehnte später zur Achillesferse der Kirche? Um es vorweg zu sagen: Die »Kirche Johannes Pauls«, als die sie in Polen gelegentlich bezeichnet wird, hat in den letzten Jahren mehr als nur diese Turbulenz erlebt; das Erbe der Staatssicherheit in Gestalt von (gefledderten) Aktenbeständen macht der ganzen Gesellschaft zu schaffen, nicht nur den Geistlichen; schließlich dürfte die Autorität der Kirche, nachdem mit dem Rückzug des Warschauer Erzbischofs Stanislaw Wielgus am Tag seiner geplanten Amtseinführung unter diesen Fall ein Schlußstrich gezogen wurde, nicht irreparabel beschädigt sein – sofern die Kirche entschlossen handelt, um ähnliche Fälle künftig zu vermeiden. Eine Umfrage des seriösen polnischen CBOS-Instituts wenige Tage danach ergab, daß 78 Prozent der Befragten den Rücktritt des Erzbischofs für richtig hielten. Eine Zweidrittelmehrheit hielt auch eine »Lustration« (ursprünglich eine kultische Reinigung, jedoch in diesem Fall eine Stasi-Durchleuchtung) der Kirche für notwendig. Diese hat inzwischen begonnen.

Doch manche Erscheinungen der letzten Zeit in Polen waren durchaus ungewöhnlich. Etwa eine Zeitungsskizze, in der ein Gläubiger im Beichtstuhl dem Priester nach abgelegter Beichte zuflüstert: »Und jetzt Sie.« Eine andere zeigte einen Bischof mit Schafen auf der Weide, von denen eines den Hirten kräftig in die Ferse beißt. Daß Gottesdienstbesucher während der Messe entrüstet die Kirche verlassen, dürfte zuletzt 1995 der Fall gewesen sein. Damals hatte sich die Kirche vor der Präsidentenwahl zugunsten des früheren »Solidarność«-Vorsitzenden Lech Walesa geäußert, der gegen den Postkommunisten Aleksander Kwaśniewski kandidierte (und unterlag). Auch diesmal kam es – in der Warschauer Johanneskathedrale am Tag der geplanten Amtseinführung – zu dramatischen Szenen. Als Wielgus sagte: »Ich erkläre meinen Verzicht«, schallte sprechchorartig die Antwort »Nein, nein, nein!« durch das Kirchen-

schiff. 1995 hat die Kirche ihre Lektion gelernt und sich seitdem aus der Tagespolitik weitgehend herausgehalten. Wird sie 2007 ebenfalls lernen, diesmal beim Umgang mit der Vergangenheit?

Kirche als antikommunistische Trutzburg der Nation

Ehe vom »Umgang« damit zu sprechen ist, soll kurz an die Vergangenheit selbst erinnert werden. Die Entstalinisierung von 1956 brachte nach drei Jahren seiner »Internierung« in verschiedenen Klöstern die Freilassung des unbeugsamen Primas Kardinal Wyszyński, der die Kirche bis zum seinem Tode 1981 führte. Es folgten Jahrzehnte, in denen die katholische Kirche sich einen beträchtlichen Freiraum erkämpfen konnte. Geradezu beflügelt war sie durch die Wahl des Krakauer Erzbischofs Karol Wojtyła zum Papst 1978. Die Zerschlagung der »*Solidarność*«-Bewegung durch die Verhängung des Kriegsrechts 1981 versetzte die Kirche wieder in ihre mehrfach erprobte Rolle als Trutzburg der Nation, als Wahrerin der nationalen Identität, als einzige unabhängige Institution von Gewicht im Lande. Als solche konnte sie nicht nur in aller Offenheit Diskussionsveranstaltungen organisieren und politisch Verfolgten karitativ zur Seite stehen. Der neue Primas Jozef Glemp gab sich zwar der Staatsmacht gegenüber konzilient, womit er einen Teil der Gläubigen enttäuschte. Doch einzelne Geistliche erlaubten sich mutige Akte des Widerstands, etwa der damalige Erzbischof Gulbinowicz von Breslau (Wrocław), der dem steckbrieflich gesuchten »*Solidarność*«-Vorsitzenden von Niederschlesien lange Zeit in seinen Diensträumen Unterschlupf gewährte, oder der Warschauer Priester Popieluszko, dessen »Messen für das Vaterland« zu Großdemonstrationen oppositioneller Gesinnung werden konnten. Damit genoß die katholische Kirche in Polen selbst unter Kriegsrecht mehr Freiraum als jede andere Kirche im Ostblock.

Die Mittel, mit denen der Staat seine »Feinde« bekämpfte – in Polen also auch einen Teil der Geistlichkeit –, unterschieden sich dagegen nicht wesentlich von den im »real existierenden Sozialismus« allgemein üblichen. Über jeden Priesteranwärter wurde schon beim Eintritt ins Priesterseminar eine Akte beim SB (»Sicherheitsdienst«), der polnischen Stasi, angelegt. Es wurden auch unter Priestern »geheime Mitarbeiter« (TW) geworben; Historiker schätzen ihren Anteil an der Geistlichkeit auf 10, vielleicht auch 15 Prozent. Der Kampf mit einem außerordentlichen Gegner erforderte außerordentliche Maßnahmen: Das geparkte Auto des Erzbischofs Gulbinowicz wurde in Brand gesteckt; ein Anschlag auf den fahrenden Wagen war im SB erörtert worden, doch nahm man Abstand davon. Priester Popieluszko wurde 1984 entführt und ermordet. Bei einigen weiteren Todesfällen von Priestern kann eine Mitwirkung des SB bisher nur vermutet werden.

Wojtyła – vom »Sicherheitsdienst« verkannt

Ein Kapitel für sich ist der Umgang der Staatsorgane mit Karol Wojtyła. 1963 glaubten die Kommunisten, mit diesem »Schöngeist«, den man wegen seiner kulturellen Interessen für einen verhinderten k.u.k. Kaffeehausliteraten halten mochte, leichtes Spiel zu haben, und bewilligten der Kirche seine Ernennung zum Erzbischof von Krakau, nachdem sie sich bei sieben anderen Kandidaten quergelegt hatten. Danach unternahmen sie einiges, um Wojtyła und Primas Wyszyński gegeneinander

auszuspielen. Doch Wojtyła war loyal. Mehr noch: Seine Ausstrahlung in die Gesellschaft hinein, gerade auf die Intellektuellen, seine jugendliche, unkonventionelle Art ließen ihn den Machthabern bald noch gefährlicher erscheinen als Wyszyński. »Das Unglück ist in den Diözesen im Süden des Landes, mit Wojtyła an der Spitze!« schrieb damals, wie die Akten bezeugen, ein Krakauer Stasi-Offizier.

1978 wurde Wojtyła Papst. Ein Jahr später reiste er erstmals triumphal durch seine Heimat und gab den Menschen ein Gefühl dafür, wie viele sie waren – ein wesentlicher Impuls für die Entstehung der Gewerkschaft »*Solidarność*«, der größten Oppositionsbewegung in der Geschichte des Ostblocks. Doch die Staatsicherheit gab nicht auf. Noch für die Zeit des zweiten Polenbesuchs Johannes Pauls II. 1983 plante SB-Hauptmann Grzegorz Piotrowski eine Diffamierungsaktion gegen den Papst. Einer früheren Mitarbeiterin Wojtyłas sollten gefälschte Tagebücher untergeschoben werden, mit denen ein Verhältnis zwischen dem damaligen Erzbischof und der Frau »belegt« werden sollte. Die Fälschung war bereits fertig, doch Alkohol machte die Pläne zunichte: der angeheiterte Piotrowski baute auf dem Parkplatz vor einem Krakauer Hotel einen Autounfall. Die Aktion mußte abgebrochen werden. Ein Jahr später leitete Piotrowski die Truppe, die Priester Popieluszko entführte und seinen Leichnam in der Weichsel versenkte.

Das Dilemma der Kirche

Heute nun steht die Kirche vor einem Dilemma, und dieses teilt sie mit dem Lager der »*Solidarność*«-Erben und Bürgerrechtler. Jede »Lustration«, also Durchleuchtung auf SB-Kontakte hin, trifft zwangsläufig vor allem die Autorität der einstmals regimefernen Kräfte, denn gerade diese waren ja vor 1989 besonderer Bspitzelung und Zersetzung ausgesetzt, und gerade ihre – auf ihre oppositionelle Haltung gegründete – Legitimität droht durch peinliche Aktenenthüllungen ins Wanken zu geraten. Damit kann die Lustration auch in einen Widerspruch zu den Zielen der regierenden Brüder Kaczyński geraten, zu der von ihnen verkündeten »moralischen Revolution« und der Zurückdrängung postkommunistischen Filzes und postkommunistischer Funktionsträger. Selbst einige wenige (prominente) Fälle der Kollaboration von Geistlichen oder Bürgerrechtlern mit dem SB können einen Schatten auf alle werfen. Es hat diese Fälle gegeben: Die letzten zwei Jahre sahen die Enthüllung des in Rom tätigen Dominikanerpaters Konrad Hejmo, der Johannes Paul II. und sein Umfeld bspitzelte, des bekannten Priesters und alten Freundes des Papstes, Mieczyslaw Malinski, und des um den polnisch-jüdischen Dialog verdienten Geistlichen Michal Czajkowski. Kirche und Staat reagieren in jüngster Zeit jedoch unterschiedlich: Die Kirche hat sich für ihren Einflußbereich – endlich – für die Flucht nach vorn entschieden; dagegen hat Staatspräsident Lech Kaczyński, sofern die Lustration außerhalb der Kirche betroffen ist, die Bremsen etwas angezogen.

Der Episkopat hat nach dem Fall Wielgus beschlossen, daß alle 133 Bischöfe (darunter 41 amtierende Diözesanbischöfe) ihre Vergangenheit untersuchen lassen müssen. Eine zentrale Kirchliche Geschichtskommission und Kommissionen auf Diözesanebene sollen in enger Zusammenarbeit mit der SB-Aktenbehörde mögliche Geheimdienstkontakte ermitteln. Ebenso verfahren die Dominikaner und weitere Orden. Aber Kommissionen sind nicht alles: Gerade Einzelkämpfer vermögen beim Thema Stasi-Aufarbeitung regelrecht Berge zu versetzen. Der bekannteste Einzel-

kämpfer in der Kirche ist zweifellos der Krakauer Pfarrer Tadeusz Isakowicz-Zaleski, vor 1989 selbst Opfer brutaler SB-Übergriffe. Er arbeitet nach ausgiebigem Aktenstudium an einem Buch über die SB-Verstrickungen von mehreren Dutzend Geistlichen, dessen Erscheinen für das Frühjahr 2007 angekündigt war. Sein Vorgesetzter als Erzbischof, Kardinal Stanislaw Dziwisz, sieht die Publikation mit gemischten Gefühlen. Primas Glemp bezeichnete den Priester sogar als »Ober-Stasi-Mann«, hat sich jedoch später für dieses Wort entschuldigt. – Ein Einzelkämpfer auf höherer Ebene ist der Lubliner Erzbischof Jozef Zycinski. Er hat nach der Wielgus-Affäre offengelegt, wie der SB auch nach ihm immer wieder die Angel auswarf. Der frühere Philosophieprofessor Zycinski ist Wortführer des »liberalen« Flügels im polnischen Episkopat. Wie manche seiner Weggefährten in Polen ist Zycinski zwar seit langem Befürworter der Lustration, inzwischen jedoch zugleich einer der schärfsten Kritiker der Formen, die sie angenommen hat. Die »wilde« Lustration durch behördlich nicht zu kontrollierende Aktenenthüllungen und der Aufdeckungsseifer, den manche Journalisten und Historiker (vor allem der Jahrgänge nach 1970) an den Tag legen, haben Zycinski veranlaßt, diese Art der »Aufarbeitung« mit der stalinistischen Hatz auf Volksfeinde zu vergleichen:

»Das widerspricht dem christlichen Humanismus, wie ihn Johannes Paul II. uns lehrte... In der europäischen Kultur gilt die Unschuldsvermutung, solange nicht das Gegenteil bewiesen ist... Heute verspürt eine Gruppe junger Radikaler in unserem Land, Politiker und Publizisten, den Bedarf, eine Agentenstatistik zu erstellen. Wenn ich diese Leute höre, bin ich schockiert: Da ist kein Humanismus, kein Respekt vor dem Menschen mehr.«

Lange hinausgezögerte Aktenöffnung

Daß Polen erst heute oder genauer: bis heute von Stasi-Schockwellen heimgesucht wird, hat seine Gründe. Daß in Polen der Umbruch geregelter ablief und früher begann als anderswo im Ostblock – nämlich mit den halbfreien Wahlen vom 4. Juni 1989 –, hatte seinen Preis. Der Machtwechsel war Ergebnis eines Kompromisses. Noch lange saßen kommunistische Minister neben »*Solidarność*«-Leuten in der Regierung. Das Schlagwort vom »dicken Strich« (Schlußstrich) unter die Vergangenheit machte die Runde. Erst 1992 gab es einen von den Kaczyński-Brüdern maßgeblich unterstützten Versuch, ehemalige Agenten zu enttarnen. Doch die Liste der wichtigsten Ex-Agenten enthielt so prominente Namen (von Staatspräsident Walesa, dem Parlamentspräsidenten und dem Außenminister abwärts), daß sofort die Regierung stürzte und diese erste Lustration nicht zustande kam. Was das Auftauchen dieser Personen auf der Liste jeweils bedeutete, kann hier nicht im Einzelfall diskutiert werden.

Erst 1997 wurde ein Lustrationsgesetz beschlossen. Seine Regelungen galten bis Ende 2006: Parlamentarier, hohe Beamte, Rechtsanwälte und einige andere Gruppen sollten vor ihrer Wahl erklären, ob sie »im geheimen und wissentlich« vor 1989 mit den Geheimdiensten zusammengearbeitet hatten. Wurde später eine Falschaussage nachgewiesen, zog das den Amtsverlust nach sich; nicht bestraft wurde die Zusammenarbeit als solche. 1998 beschloß das damals von »*Solidarność*«-Kräften dominierte Parlament die Einrichtung des Instituts des Nationalen Gedenkens (IPN), das zwei Jahre später seine Arbeit aufnahm. Es ist in vielem der früher gegründeten deutschen Gauck/Birthler-Behörde vergleichbar, hat jedoch weiter gefaßte Kompetenzen,

z. B. befaßt es sich mit dem Zeitraum bis zurück zum Jahr 1939. Hier beginnt nun ein Paradoxon: Während in Ostdeutschland bis 2004 zwei Millionen Anträge auf Akteneinsicht gestellt wurden, waren es im einst so rebellischen Polen bis zum selben Jahr lediglich 14.000. Es schien, als wollten viele Bürger die Wunden der Vergangenheit vernarben lassen. Derweil leistete das IPN in diesen Jahren – auch darin der deutschen Stasi-Aktenbehörde vergleichbar – eine hervorragende historische Bildungs- und Aufklärungsarbeit. Ob das Institut seine Autorität über die auch es selbst umfassende Personalrotation der Kaczyński-Zeit hinweg bewahren kann, bleibt abzuwarten.

Der Eifer der Kaczyński-Brüder

Erst der Aufschwung der Kaczyński-Brüder mit ihren Wahlsiegen vom Herbst 2005 hat die SB-Aktenbestände wieder ins Rampenlicht gerückt. Die Zwillinge traten mit dem doppelten Anspruch an, das Land von jeglichem postkommunistischen Erbe (auch in Gestalt früherer Agenten) zu befreien und die Geschichte der vergangenen Jahrzehnte neu zu schreiben. Ende 2006 brachte ihre Partei PiS ihren radikalen Entwurf eines Lustrationsgesetzes durch das Parlament. Er hätte in gewissem Sinne die Beweislast umgekehrt: Wer amtlich als Agent eingestuft worden wäre, hätte erst einmal seine Unschuld beweisen müssen. In diesem Augenblick hat Staatspräsident Lech Kaczyński die Bremse gezogen. Zum Mißfallen mancher junger Publizisten und Politiker hat er, noch ehe das neue Gesetz in Kraft treten konnte, im Januar 2007 einen Gegenentwurf eingebracht, der das Gesetz etwas abmildert.

Dennoch bringt der Präsidentenentwurf, der am 28. Februar in Kraft treten sollte, Neuerungen: So wird der Kreis der zu durchleuchtenden Personen ausgeweitet (bis hin zu Schuldirektoren und Journalisten); dabei gilt die Unschuldsvermutung – zunächst einmal erklärt der betreffende Bürger wie bisher, ob er Agent war oder nicht, und diese Pflicht könnte, so mutmaßt das Präsidialamt, nunmehr 300.000 Personen betreffen. Den Wahrheitsgehalt der Lustrationserklärung kann das IPN anfechten, im Streitfall landet die Sache vor einem öffentlichen Gericht.

Um jedoch unabhängig von diesen Funktionsträgern endgültig über alle ehemaligen Agenten Klarheit zu schaffen und ihre »gesellschaftliche Beurteilung« (Kaczynski) zu ermöglichen, soll außerdem eine Liste aller TW im Internet veröffentlicht werden. Allerdings nicht eine bloße Namensliste, sondern das IPN soll jedem Namen eine Anmerkung beifügen, etwa darüber, ob der Betreffende laut Aktenlage viele Berichte geschrieben hat oder aber außer seiner bloßen Registrierung als Agent nichts vorliegt. Eine gewaltige Rechercheaufgabe! Zwar hatte der SB 1981 »nur« 36.000 TW beschäftigt, doch im Zuge der Bekämpfung der »*Solidarność*« war diese Zahl bis 1988 wieder auf 98.000 hochgeschwollen und damit etwa auf den Stand der fünfziger Jahre.

Die Lustration der Eliten von Staats wegen betraf und betrifft die Kirche freilich nicht. Sie steht in der Pflicht, sich selbst zu durchleuchten. Hätte nicht gerade die Kirche, der der Grundsatz der Sündenvergebung nicht unbekannt sein dürfte, die Stasi-Belastung offener und gelassener angehen können als eine weltliche Behörde oder ein Großkonzern? Es ist bedauerlich, daß sie erst von außen – großenteils durch die Medien – zur Offenheit gezwungen werden mußte. Zu Gelassenheit hätte sie jedoch auch jetzt noch einigen Anlaß. Selbst wenn weitere Hierarchen zurücktreten sollten – Führungs- oder Nachwuchskrisen drohen dieser Kirche, die Ende 2004 mehr als 8.000 Priesterseminaristen zählte und im Land Hunderte von Schulen betreibt, keineswegs.

Auch eine durchschlagende Säkularisierung der Gesellschaft ist bisher nicht zu bemerken. Nach wie vor bezeichnen sich 95 Prozent der Polen als Katholiken, und sofern der Kirchenbesuch ein Kriterium ist, ist seine Konstanz mit allsonntäglich etwa 50 Prozent seit 1989 erstaunlich. Es ist nicht auszuschließen, daß der Stasi-Schock in der Kirche Johannes Pauls nach seiner Überwindung vor allem zweierlei bewirkt haben wird: mehr Offenheit und Demut unter den Kirchenführern und mehr Wachheit und Partizipationsbereitschaft unter den Laien.